Ein Vermittler auf Berg- und Talfahrt

Martin Dätwyler, Vize-Direktor der Handelskammer beider Basel, setzte sich für die Unternehmen am Euro-Airport ein

VON **RAHEL KOERFGEN**

Wenn Martin Dätwyler frühmorgens in seinen VW Golf steigt, den Eggfluhtunnel passiert und mal schneller, mal langsamer die Hügelzüge des Jura hinter sich lässt, dann ist er bereits mitten in der Arbeit. Das Thema Verkehr ist die grosse Leidenschaft des 46-Jährigen, die er zum Beruf gemacht hat: Seit fünf Jahren ist Dätwyler stellvertretender Direktor der Handelskammer beider Basel (HKBB). Als Leiter Standortpolitik und Spezialist für Verkehrsthemen haben eine gute Anbindung der Region Basel und eine entsprechend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für ihn höchste Priorität.

Aber nicht nur die Mobilitätsfrage treibt den gebürtigen Solothurner um, der heute mit Frau und Tochter in Laufen wohnt. Wann immer in den vergangenen Wochen, Monaten, ja gar Jahren über den Steuerstreit am binationalen Euro-Airport berichtet wurde, fiel sein Name. Für ihn ist es Ehrensache, dass er mit dem Verkehrsfachmann und ehemaligen HKBB-Vorstandsmitglied Bernd Menzinger als Vertreter der Firmen im Schweizer Sektor fungiert, denen bis gestern die volle Besteuerung in Frankreich drohte. Für sie gründeten Dätwyler und sein Team vor mehr als sechs Jahren die Koordinationsplattform Secteur Suisse EAP, als es bereits um Unklarheiten beim Arbeitsrecht ging. «Damals schwante mir, dass das erst die Spitze des Eisbergs ist,» sagt er.

IN DEN GÄNGEN riecht es nach neu. Seit August 2015 ist die Handelskammer beider Basel in der St. Jakobs-Strasse domiziliert. Das Büro von Dätwyler ist hell und aufgeräumt, vor der grossen Fensterfront tanzen dicke Schneeflocken. In der Ordnung fällt eine Kartonschachtel auf, verschämt steht sie in einer Ecke. «Da drin befinden sich alte Unterlagen zum Euro-Airport, die im Keller abgelegt werden sollten. Ich bin noch nicht dazu gekommen», sagt Dätwyler.

> «Manchmal hätte ich am liebsten alles hingeschmissen.»
>
> MARTIN DÄTWYLER

Seit der Gründung der Koordinationsplattform hatte Dätwyler die Rolle des Vermittlers inne, war die Schnittstelle zwischen den rund fünfzig Unternehmen im Schweizer Sektor und den Behörden, bündelte die Interessen der Firmen und setzte sich dafür ein. «Wir – Menzinger und ich – pushten das Thema, wo wir nur konnten, sei es durch Lobbyarbeit in Bern, Reisen nach Paris oder an Sitzungen mit dem Staatssekretär des Aussendepartements, Yves Rossier. Wir liessen nicht locker», sagt Dätwyler.

Martin Dätwyler (46) fühlt sich in seiner Rolle als Nummer zwei bei der Handelskammer wohl. KENNETH NARS

Die Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt. Gestern ist es zum Durchbruch gekommen: Frankreich und die Schweiz einigten sich auf einen Kompromiss bei der Besteuerung der Unternehmen. Die Betroffenen mussten lange darauf warten: Seit dem Spätsommer 2015 liess sich Paris Zeit mit einer Antwort, trotz konkreter Lösungsvorschläge der Schweizer Seite.

Das zehrte an Dätwylers Nerven: «Das Dossier war eine Berg- und Talfahrt.» Schon einige Male habe er das Gefühl gehabt, dass eine Einigung kurz bevorstünde. Etwa vor einem Jahr, als Aussenminister Didier Burkhalter am WEF gross verkündete, dass die Lösung mit Frankreich unter Dach und Fach sei und es nur noch um Details ginge. «Ja, ich habe mich schon einige Male sehr geärgert und hätte am liebsten alles hingeschmissen», gibt Dätwyler zu. «Doch wir haben uns immer wieder gegenseitig gut zugeredet.» Die Nerven zu verlieren, bringe schliesslich keinem was, «am wenigsten den Firmen». Er sei ohnehin viel zu ehrgeizig und diszipliniert; aufgeben kam für ihn nicht infrage. «Wenn ich etwas beginne, will ich es auch zu einem erfolgreichen Ende bringen. So wie jetzt.»

Dass die Einigung nun so plötzlich über die Bühne ging, hat Dätwyler nicht überrascht. «Ich habe jeden Moment damit gerechnet.» Für den Wirtschaftsstandort Basel sei die Klärung der Rechtsfrage von eminenter Wichtigkeit: Erstens brauche die Region einen Landesflughafen mit guten Anbindungen, und zweitens sei Rechtsunsicherheit das Schlimmste für eine Firma. «So wollte keiner hier investieren in den vergangenen Monaten.» Dätwyler hat das Unternehmer-Gen quasi in die Wiege gelegt bekommen: Sein Vater habe lange für von Roll gearbeitet, ein Grossvater war bei Bally angestellt, der andere sei Unternehmer gewesen, erzählt er.

JETZT HÄLT DÄTWYLER INNE. Durch die Glaswand seines Büros winkt er in Richtung Gang. Franz Saladin, Direktor der Handelskammer, winkt im Vorbeigehen zurück. Er hat sein Büro am anderen Ende des Gebäudes. Nein, Saladin und er bräuchten keine Pufferzone zwischen sich, «wir verstehen uns sehr gut». Man habe das bewusst so gelegt, um den Austausch der Geschäftsleitung mit den Mitarbeitern, die zwischen den Chefbüros ihren Arbeitsplatz haben, zu fördern. Wäre Dätwyler nicht gerne selber die Nummer eins? «Sicher, irgendwann einmal. Aber hier sind die Rollen gut verteilt. Auch wenn das nicht alle so sehen.»

> «Die HKBB ist nicht der Parteipolitik, sondern der Sachpolitik verpflichtet.»
>
> MARTIN DÄTWYLER

Saladin wurde im vergangenen Jahr von der «Basler Zeitung» für die Äusserung kritisiert, dass die HKBB gut mit SP-Mann Claude Janiak zusammenarbeite. Dätwyler betont: «Wir sind der Sach- und nicht der Parteipolitik verpflichtet.» Die Behauptung, die Handelskammer habe an Einfluss verloren, sei an den Haaren herbeigezogen: «Wir nehmen bei vielen Dossiers Einfluss, hängen das aber nicht an die grosse Glocke.» Als Beispiele nennt Dätwyler den Innovationspark, die Fusion der Rheinhäfen, das Gütertransportgesetz und die Befürwortung des Kredits für das Vorprojekt des Herzstücks Regio S-Bahn.

Dätwyler könnte sich dereinst auch den Schritt in die Politik vorstellen. Er ist Mitglied der FDP und hat in seinem Wohnort Laufen bereits einmal für den Landrat kandidiert. «Als frisch Zugezogener hatte ich aber keine grosse Chance.» Seither sind ein paar Jahre vergangen, und Dätwyler, der zuvor in Bern gelebt hat, fühlt sich wohl – auch in der Stadt: «Ich denke, ich werde von den Baslern gut akzeptiert, weil ich das Schwergewicht auf das Sachliche lege und mich nicht verbiege.» Ein Vertreter aus der Basler Wirtschaft bestätigt: «Dätwyler ist authentisch, er hat sich noch nie angebiedert. Das macht ihn sympathisch.»

Schweiz am Sonntag

Der Steuerstreit am Euro-Airport ist beendet

23.01.2016 - Rahel Koerfgen

Bundespräsident Schneider-Ammann und Frankreichs Präsident Hollande einigten sich gestern – Unternehmen müssen mit Kompromiss leben.

Paris zierte sich. Seit August 2015 lagen in der französischen Hauptstadt Lösungsvorschläge der Schweiz auf dem Tisch, wie die Unternehmen im Schweizer Sektor des Euro-Airports (EAP) zukünftig besteuert werden könnten. Am Freitag gelang der Durchbruch: Der französische Premier Manuel Valls und Schweizer Behördenvertreter einigten sich am WEF auf einen Kompromiss. Dieses Abkommen wurde gestern in Colmar auf höchster Ebene besiegelt: Bundespräsident Johann Schneider-Ammann und der französische Präsident François Hollande unterzeichneten eine entsprechende Erklärung, teilte das Eidgenössische Wirtschaftsdepartement mit.

Die Einigung besagt, dass die Unternehmen zwar französische Unternehmenssteuern bezahlen, aber keine Lokalsteuern. Diese hätten die Firmen auch bei einem Verlust verrichten müssen. Der Basler Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin sagt dazu: «Unser oberstes Ziel war es, diese Lokalsteuern zu vermeiden. Da ist uns Frankreich entgegengekommen.» Die Einigung besagt weiter, dass die Schweizer Rechnungslegung akzeptiert wird. Darauf hatte die Koordinationsplattform Secteur Suisse EAP der Handelskammer beider Basel (HKBB) in den vergangenen Monaten gepocht, um einen administrativen Mehraufwand zu verhindern. Er freue sich sehr über diesen Durchbruch, sagt Martin Dätwyler, stellvertretender Direktor der HKBB: «Die Steuerbelastung für die Unternehmen bleibt damit akzeptabel.»

Die Firmen müssen sich aber darauf einstellen, dass die Belastung zwischen fünf und fünfzehn Prozent zunehmen wird. Dätwyler dazu: «Wir hoffen, dass es keine Wegzüge geben wird.» Wichtig sei, dass Rechtssicherheit am Flughafen herrsche. Dies würde die Firmen dazu veranlassen, Investitionen zu tätigen. Beim Ausbruch des Steuerstreits hatte etwa Easyjet verkündet, erst wieder in den Standort zu investieren, wenn alle Steuerfragen geklärt seien.

Bei den Punkten Mehrwertsteuer, Flughafenbesteuerung und Airline-Taxen war es bereits im vergangenen Frühjahr zu einer Einigung gekommen.